Das Interview

"Die Koalition steht zum Kohleausstieg"

Das Interview: Staatsministerin Sarah Ryglewski (SPD) ist beim 17. Stuhrer Wirtschaftsforum zu Gast

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine sind die Energiekosten explodiert.

EIKE WIENBARG

Frau Ryglewski, der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine stellt derzeit globale Nachhaltigkeitsziele auf die Probe. Wie sehr ist das Ziel einer nachhaltigen Energieproduktion vor diesem Hintergrund gefährdet?

Sarah Ryglewski: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedroht zuallererst Leben und Freiheit von Ukrainerinnen und Ukrainern, die mit großem Mut und Tapferkeit ihr Land gegen die russische Aggression verteidigen. Aber die Auswirkungen sind für uns alle spürbar. Klar ist: Unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu überwinden – das ist heute nicht nur ein klimapolitisches Gebot, das ist auch eine wirtschafts- und sicherheitspolitische Notwendigkeit. Insofern sind die Folgen des russischen Angriffskriegs kurzfristig eine Herausforderung für die nachhaltige Energieproduktion, mittel- und langfristig wird es die Transformation aber beschleunigen.

Sarah Ryglewski

In Deutschland sollen Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke aufgrund der angespannten Energiesituation länger laufen. Ist das eine Umkehr vom Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom?

Nein. Die Bundesregierung hat ermöglicht, dass vorübergehend auch Kohlekraftwerke länger laufen oder wieder in Betrieb gehen können, um die Strompreise zu drücken und das Angebot zu erhöhen. Gleiches gilt für die verbliebenen Atomkraftwerke. Auch deshalb ist gelungen, was im Frühjahr kaum jemand für möglich gehalten hätte. Die Gas-Speicher sind voll und die ersten deutschen LNG-Terminals werden bereits diesen Winter ihren Betrieb aufnehmen. Terminals, die mittelfristig auch für Wasserstoff genutzt werden sollen. Das alles trägt entscheidend zur Versorgungssicherheit bei, sodass wir warm und sicher durch diesen Winter kommen werden.

Ist das Jahr 2038 als Ausstieg aus der Kohle noch zu halten?

Wegen des brutalen russischen Angriffskriegs und seiner Folgen für die europäische Energieversorgung müssen wir für kurze Zeit auch wieder Kohlekraftwerke ans Netz zu nehmen. Aber: Diese Koalition steht zum Kohleausstieg und zu den nationalen Klimazielen. Bis 2045 wird Deutschland klimaneutral werden, als eines der ersten Länder. Daran ändert auch der Krieg nichts. Wir ziehen beim Umstieg auf erneuerbare Energien deutlich das Tempo an: Schon im ersten Halbjahr 2022 haben wir die größte energiepolitische Gesetzesnovelle seit Jahrzehnten verabschiedet. Nach unseren beiden Paketen zu Ostern und im Sommer werden mit unserem Herbstpaket die Planungs- und Genehmigungsverfahren noch einmal beschleunigt.

Der Ukraine-Krieg wirkt sich auch auf die globale Ernährungssituation aus. Wie können die Folgen gerade für ärmere Länder abgemildert werden?

Schon vor dem Krieg hatten uns die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie, klimawandelbedingte Dürren und Konflikte weit zurückgeworfen bei unserem gemeinsamen Ziel, bis 2030 in einer Welt ohne Hunger zu leben. Seit Putins Entscheidung, die Ukraine anzugreifen, hat sich das Problem weiter verschärft. Ich bin froh, dass es gelungen ist, mit der Schwarzmeer-Getreide-Initiative die Folgen des Krieges für die globale Ernährungssicherheit abzumildern. Daran müssen wir festhalten. Als diesjährige G7-Präsidentschaft hat die Bundesregierung die weltweite Bekämpfung des Hungers zu einem Schwerpunkt gemacht. Gemeinsam mit der Weltbank haben wir das Bündnis für globale Ernährungssicherheit ins Leben gerufen. Deutschland hat dieses Jahr fünf Milliarden Euro für die globale Ernährungssicherheit eingesetzt.

Wie könnte eine globale nachhaltige Ernährungsproduktion aussehen?

Wir müssen zuallererst bei uns anfangen. Mit dem Grundsatzbeschluss zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, den die Bundesregierung vor wenigen Tagen beschlossen hat, haben wir uns zum Ziel gesetzt, in unseren Kulturlandschaften umweltverträglich Lebensmittel zu produzieren. Ziel ist, den Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft deutlich zu reduzieren und den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 30 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu erhöhen. Gleichzeitig machen wir uns auch international in über 60 Projekten stark für lokale Agrarmärkte und eine Transformation unserer Agrar- und Ernährungssysteme.

Sie sind seit 2021 als Staatsministerin im Bundeskanzleramt für Nachhaltigkeitspolitik zuständig. Was genau umfasst Ihre Tätigkeit?

Nachhaltigkeitspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Es geht um Energie und Klimaschutz, aber auch um Fragen von sozialer Gerechtigkeit, Bildung und Entwicklungszusammenarbeit. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag die 17 Ziele der Agenda 2030 zur Richtschnur ihrer Politik erklärt. Dafür ist nicht mehr viel Zeit – es bleiben noch acht Jahre. Deshalb ist es wichtig, die Arbeit aller Ministerien in Bezug auf Nachhaltigkeit zu koordinieren. Das machen wir im von mir geleiteten Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung. Diese Woche haben wir mit dem Grundsatzbeschluss das starke Engagement der Bundesregierung für die Umsetzung der Agenda 2030 nochmal bekräftigt. Das ist ein wichtiges Signal. Gerade angesichts der vielfältigen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, dürfen wir jetzt nicht nachlassen.

Vorher waren Sie Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und als Bundestagsabgeordnete auch für den Wahlkreis Diepholz-Nienburg I verantwortlich. Wie stark ist Ihre Verbindung in die Region noch?

Bremen ist meine Heimat, hier lebe ich schon seit über 20 Jahren. Als Staatsministerin liegt das Zentrum meiner politischen Arbeit zwar in Berlin, als Bundestagsabgeordnete setzte ich mich aber weiterhin mit aller Kraft in und für Bremen ein. In der vergangenen Legislaturperiode habe ich auch die Betreuung des Wahlkreises Diepholz-Nienburg I übernommen. Ich bin immer gern in die Region gekommen und erinnere mich an stets lebhafte und konstruktive Diskussionsrunden, etwa zum Thema „Soziale Klimapolitik“ in Weyhe oder meinem Besuch im Mehrgenerationenhaus in Stuhr. Ich freue mich, dass der Wahlkreis mit Peggy Schierenbeck wieder eine kompetente SPD-Vertreterin in Berlin hat.

Die Gemeinde Stuhr lebt von ihrer starken Wirtschaftskraft. Gerade erst hat die Gewerbesteuer einen neuen Rekordstand erreicht. Wie lassen sich Nachhaltigkeit und eine effektive Wirtschaft vereinbaren?

Die Pandemie und nun die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine haben massive wirtschaftliche Folgen für die Unternehmen in Deutschland – auch in Stuhr. Hinzu kommen die wachsenden Herausforderungen des Klimawandels und des Ressourcenverbrauchs. All diese Entwicklungen führen uns deutlich vor Augen: Eine starke Wirtschaft geht nicht ohne die Nachhaltigkeit. Das betrifft, wie wir mit Ressourcen umgehen, wie wir bauen, Mobilität nutzen und zusammen leben und arbeiten. Als Politik setzen wir den Rahmen dafür, dass wir die große Aufgabe einer Transformation zum nachhaltigen Wirtschaften in allen Bereichen meistern. Es ist aber an den Unternehmerinnen und Unternehmern, diesen Rahmen auszufüllen und Nachhaltigkeit konsequent zur Richtschnur ihres unternehmerischen Handelns zu machen.

Welche Botschaft wollen Sie den Unternehmen beim 17. Stuhrer Wirtschaftsforum vermitteln? Was können auch hiesige Unternehmen tun, um nachhaltig zu wirtschaften?

Die Bundesregierung steht in dieser Krise fest an der Seite von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Unternehmerinnen und Unternehmern. Die durch den russischen Angriffskrieg ausgelöste Energiekrise setzt viele Unternehmen unter erheblichen wirtschaftlichen Druck – vom kleinen Bäcker zum mittelständischen Unternehmen bis zum Dax-Konzern, alle sind betroffen. Neben den drei Entlastungspaketen hat die Bundesregierung einen Abwehrschirm mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro aufgespannt, um Unternehmen und Verbraucher von den stark gestiegenen Kosten zu entlasten. Dabei werden Strom- und Gaspreisbremse rückwirkend auch die Monate Januar und Februar umfassen. Außerdem möchte ich Unternehmerinnen und Unternehmer ermutigen, die stärkere Ausrichtung auf ein nachhaltiges Wirtschaften entschlossen zu verfolgen. In der Wirtschaft setzen immer mehr Unternehmen verstärkt auf Nachhaltigkeit. Es geht dabei um Verantwortung, aber auch um Geschäftsmöglichkeiten. Das Bewusstsein setzt sich immer stärker durch, dass Nachhaltigkeit vielversprechende Geschäftsfelder eröffnet. Inzwischen nehmen viele Unternehmen zunehmend auch die breitere Liefer- beziehungsweise Wertschöpfungskette in den Blick. Dies zeigt: Nachhaltigkeit wird zunehmend als Querschnittsthema in den Unternehmensstrategien verankert. Darin liegen die Innovations- und Wettbewerbsvorteile der Zukunft. Auch dabei können die Unternehmen auf die Unterstützung der Bundesregierung bauen.

Das Interview führte Eike Wienbarg.

ZUR SACHE

Vortrag in Stuhr

Am Montag, 5. Dezember, findet ab 19 Uhr das 17. Stuhrer Wirtschaftsforum im Rathaus der Gemeinde Stuhr, Blockener Straße 6, statt. Sarah Ryglewski hält dabei eine Rede zum Thema „Ukraine-Krise – Herausforderung in Gegenwart und Zukunft“.

ZUR PERSON

Sarah Ryglewski (39)

ist seit 2001 SPD-Mitglied. Für die Sozialdemokraten saß sie von 2011 bis 2015 in der Bremischen Bürgerschaft und ist seit 2010 stellvertretende Landesvorsitzende. Seit Juli 2015 sitzt sie für die SPD im Bundestag und war von September 2019 bis Oktober 2021 parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. Seit Dezember 2021 ist sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Ryglewski stammt gebürtig aus Köln und ist verheiratet.